

Die SPD will Washington nicht weiter reizen

Bei einem Workshop mit Amerikanern bemühten sich die Sozialdemokraten um Entschärfung

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

des SDI-Strelts

Bonn, 3. Juni

Als zum Ende des vergangenen Jahrzehnts die wachsenden Spannungen zwischen der SPD und Washington den Rahmen dessen zu sprengen drohten, was im östlichen Sprachgebrauch als „freier und offener Dialog“ verkläusuliert wird, kamen die Parteloberen auf eine segensreiche Idee. Zum Behufe des Barrieren-Abbaus wurde nicht (noch) eine Kommission, sondern ein „euro-amerikanischer Workshop“ unter der Ägide der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung eingerichtet. Der Konflikt ist inzwischen zur Routine geworden, und damit auch das jährliche Sommer-Treffen in Bonn, das nun schon zum sechsten Mal ein wohlortiertes Gemisch von Politikern, Publizisten und Akademikern auf halb-neutralen Stiftungs-Boden vereint hat.

Ist die SPD „anti-amerikanisch“? Den Verdacht zu entkräften, mühten sich am vorigen Wochenende gleich drei hochrangige SPD-Politiker. Vorneweg Willy Brandt, gefolgt vom Fraktions-Vize Horst Ehmke und dem Präsidiums-Mitglied Egon Bahr. Die Signale waren subtil, aber kaum zu überhören. Der Vorsitzende, frisch aus Moskau zurückgekehrt, brachte gleich zu Beginn seiner Rede Demonstratives – mit einem „sehr herzlichen Wort des Willkommens an unsere amerikanischen Gäste“.

Wer die Geschichte des Konflikts verfolgt hat, wußte auch zu schätzen, was Brandt fast belläufig aus Moskau berichtete – und was in den deutschen Medien bislang eher untergegangen ist: Er sprach von seiner „humanitären Mission“ im Kreml, die sich nicht nur auf Deutschstämmige, sondern auch auf sowjetische Juden und nicht-deutsche „sowjetische Staatsbürger“ bezogen hätte. Mit den letzteren waren offensichtlich Dissidenten vom Schlage Sacharows gemeint. In dieser vorsichtigen Andeutung war ebenfalls ein kleiner Olivenzweig für die Gäste aus Übersee versteckt, argwöhnt doch so mancher Amerikaner seit Jeher, die SPD wolle den Wertekonflikt zwischen Ost und West – etwa in Sachen Menschenrechte – ja nicht zur Provokation der Moskowlter gedehnen lassen. Schließlich übte Brandt sanfte Kritik an den Gastgeber: Die Entalkoholisierungskampagne des Kremles sei nun schon so stürmisch vorangeschritten, daß selbst im Gästehaus nur Null-Prozentiges für die Besucher von auswärts gereicht werde.

Egon Bahr war gar gewillt, das Reizwort „Sicherheitspartnerschaft“ zugunsten der „kooperativen Sicherheit“ aus dem Verkehr zu ziehen. Und der agile Horst Ehmke bemühte sich gemessenen Wortes, den leidigen Streit über SDI, die Raketenabwehr im Weltraum, zumindest *sotto voce*

auszufechten. Man möge ablassen von dem „Wunden-schaffenden Thema“ und „SDI vom Tisch nehmen“. Die Amerikaner „werden weitermachen“, zumal die Europäer deren SDI-Projekt ohnehin nicht verhindern könnten. Laut Ehmke, könnten die Europäer auf privater Basis mitforschen; ansonsten sollten sie sich sputen, ein europaweites Technologie-Programm auf die Beine zu stellen. Wenn Amerika sich frage, wie es sich besser gegen einen Erstschlag zu schützen vermöge, könne derlei Versuch eigentlich nur eine „segensreiche Wirkung“ zeitigen. Auch dies war ein indirektes Waffenstillstands-Angebot an die transatlantischen Verbündeten.

An so viel gutem Willen wollte auch der Emissär aus dem *State Department* nicht deuteln, der anstelle des verhinderten Unterstaatssekretärs (und künftigen Botschafters in Bonn) angereist war. Washington habe „kein Problem“ mit Eureka, dem kontinentalen Gegenstück zu SDI, das der französische Präsident Mitterrand vorgeschlagen hat. Dennoch hätte er gerne gewußt, warum die europäischen Verbündeten so schwer an Reagans Programm schlückten. Noch vor zwei Jahren „haben sich die Europäer darüber beklagt, daß die USA neue Waffensysteme (gemeint sind die *Pershings* und *Crutse Missiles*) aufgestellt haben“. Nun aber monierten sie selbst „neue Ideen“ wie SDI. Derlei Kleinmut veranlaßte den amerikanischen Politik-Professor William Griffith, das Problem noch ungeschminkter zu umreißen: „Ihr Europäer wollt Einfluß, aber ohne Geld und ohne ein politisches Ja. Dies ist eine kuriose Art, sich Einfluß verschaffen zu wollen.“

Nachdenklich mußte die Sozialdemokraten auch der Einwurf eines amerikanischen Gastes stimmen, der zu Zeiten Jimmy Carters an hoher Stelle im Nationalen Sicherheitsrat gearbeitet hatte. Zwar sei bei SDI „noch nie so viel von so vielen über so wenig geredet worden“. Aber die hiesige Opposition solle sich keine Wunder von einem etwaigen Regierungswechsel in Washington in zwei Jahren erhoffen. Auch die Demokraten würden im Kongreß Gelder für die SDI-Forschung bewilligen, zumal die neuerdings gestellte Forderung der Sowjets, gar die Forschung vertraglich zu verbieten, „schlichtweg unrealistisch“ sei. Was in den Laboratorien vorgeht, läßt sich nicht überwachen und damit nicht verhindern.

Auch von deutscher Seite (und durchaus nicht von rechts) kamen kritische Fragen an die versammelte Elite der Partei. Ein Bonner Politik-Professor: „Wenn die SPD wirklich die Abschreckung überwinden will, müßte man da nicht auch eine Mischung von offensiven und defensiven Waffen ins Auge fassen?“ Wenn die Sozialdemokraten partout nichts von der Raketen-Abwehr im Weltraum wissen wollten, warum träten sie dann mit ungebrochenem Eifer für die Heiligsprechung des ABM-Vertrages ein, der beiden Supermächten schon anno 1972 ein „dünnnes“ (erdgestütztes) Anti-Raketen-System zugestanden habe?

Am vergangenen Wochenende versuchten beide Seiten redlich, die Ressentiments zu mildern. Doch muß sich die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht um künftigen Konfliktstoff sorgen.